

## Niederschrift

über die 25. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 18.04.2013  
(9. Wahlperiode)

## Tag e s o r d n u n g

Seite

<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1</b> <b>Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 26.02.2013 zur Einführung einer Baumschutzsatzung in Meerbusch Vorlage: SB11/533/2013</b> .....	5
<b>2</b> <b>Hugo-Recken-Straße (Ergänzender Sachvortrag)</b> .....	5
<b>2.1</b> <b>Antrag der UWG-Fraktion vom 26. März 2013 bez. Bürgerbefragung Strassenumbenennungen in Meerbusch Thema Hugo-Recken Straße Vorlage: ZD/113/2013</b> .....	6
<b>2.2</b> <b>Antrag der FDP-Fraktion vom 3. April 2013 bez. Hugo Recken Vorlage: ZD/117/2013</b> ..	6
<b>3</b> <b>Konverter - Aktueller Bericht und weiteres Vorgehen</b> .....	7
<b>4</b> <b>Personalentwicklungskonzept (Vortrag der Verwaltung)</b> .....	8
<b>5</b> <b>1. Bericht zur Finanzsituation 2013 Vorlage: SFI/174/2013</b> .....	9
<b>6</b> <b>Bericht der Wirtschaftsförderung</b> .....	9
<b>7</b> <b>Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/531/2013</b> .....	9
<b>8</b> <b>Anträge</b> .....	10
<b>8.1</b> <b>Antrag der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2013 bez. Fortsetzung des Arbeitskreises „Haushaltskonsolidierung“ Vorlage: ZD/108/2013</b> .....	10
<b>8.2</b> <b>Antrag der Fraktionen CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2013 auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Privatisierung der Wasserversorgung Vorlage: ZD/111/2013</b> .....	10
<b>8.3</b> <b>Antrag der UWG-Fraktion vom 26. März 2013 bez. Finanzierung Erweiterung Ganztagsbetreuung Mauritiuschule und Brüder Grimm Schule in Büberich Vorlage: ZD/112/2013</b> .....	12

8.4	Antrag der FDP-Fraktion vom 3. April 2013 bez. Bürgerbeteiligung "Liquid Feedback" Vorlage: ZD/115/2013 .....	12
9	Anfragen .....	13
9.1	Anfrage der FDP-Fraktion vom 8. April 2013 bez. Privatisierung der Wasserversorgung durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie Vorlage: ZD/076/2013 .....	13
10	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle .....	13
11	Termin der nächsten Sitzung: 16. Mai 2013 .....	13
12	Verschiedenes .....	13
12.1	Leerstand der Wohnung am Feuerwehrgerätehaus in Meerbusch-Lank-Latum .....	13

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, Aula

Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Dieter Spindler Bürgermeister

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertreter für Herrn F.-J- Radmacher bis TOP 3; 18.55 Uhr
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	ab TOP 4; 19.00 Uhr
Frau Angela Gröters	Ratsmitglied	Vertreterin für Herrn Jörg Wartchow
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Frau Brunhild Steinforth	Ratsmitglied	Vertreterin für Herrn Thomas Jung

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	Vertreter für Herrn Dr. Bernd Schumacher-Adams
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	
Herr Jörg Schleifer	Ratsmitglied	
Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner	Ratsmitglied	

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied	Vertreter für Frau Ilse Niederdellmann
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	
Frau Ilse Niederdellmann	Ratsmitglied	

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	

**von der UWG-Fraktion**

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	Vertreterin für Herrn Christian Staudinger-Napp
-------------------------	--------------	---

**Zentrum**

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1
Herr Michael Gorgs	Pressereferat
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Ulrich Mombartz  
Frau Gabriele Parschau  
Herr Michael Regenbrecht  
Frau Heike Reiß  
Herr Heinrich Westerlage  
Herr Jürgen Wirtz

Personalrat  
Gleichstellungsbeauftragte  
  
Wirtschaftsförderungsreferat  
Bereichsleiter Service Recht  
Bereichsleiter Zentrale Dienste

**Gäste**

Herr Dr. Clemens Antweiler

**Schriftführer**

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Thomas Jung  
Herr Franz-Josef Radmacher  
Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied  
Ratsmitglied  
Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams

Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Christian Staudinger-Napp

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden dem Ausschuss folgende Unterlagen verteilt:  
 Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Hugo Recken (TOP 2.2),  
 Stellungnahme der Stadt zum Netzentwicklungsplan Strom (TOP 3),  
 1. Bericht zur Finanzsituation 2013 (TOP 5) und  
 Hinweis des Zentrums „Wasser ist ein Menschenrecht“ (TOP 8.2).  
 Zusätzlich weist Bürgermeister Spindler auf das nachträglich zur Einladung versandte Schreiben der FDP-Fraktion zum Thema Bürgerbeteiligung „Liquid Feedback“ (TOP 8.4) und deren Anfrage zur Privatisierung der Wasserversorgung im Zuge der EU-Dienstleistungsrichtlinie (TOP 9.1) hin.

## **Öffentliche Sitzung**

- 1 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 26.02.2013 zur Einführung einer Baumschutzsatzung in Meerbusch**  
**Vorlage: SB11/533/2013**

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss des Rates verweist den Antrag gem. § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ein Vertreter der Petenten ist nicht anwesend.

Bürgermeister Spindler erläutert die Zuständigkeit des Bau- und Umweltausschusses.

Ratsherr Peters stimmt dem grundsätzlich zu, bittet jedoch um eine möglichst sachliche Diskussion dort. Er bittet weiterhin darum, Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen mit der Anwendung einer Baumschutzsatzung zu erfragen und unabhängige Experten zu diesem Thema anzuhören. Zudem sollten auf der städtischen Homepage über bereits jetzt bestehende Regeln zum Schutz von Bäumen außerhalb einer Satzung dargestellt werden.

Bürgermeister Spindler stellt dar, es gebe seines Wissens sicher unterschiedliche Erfahrungen in Kommunen mit Baumschutzsatzungen. Neutrale Experten zu diesem Thema zu finden halte er für schwierig.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard unterstützt dies. Man könne lediglich die Erfahrungen anderer Kommunen darstellen bzw. Vertreter von dort einladen. Eine Wertung dieser Erfahrungen könne jedoch nur im Ausschuss bzw. im Rat selbst erfolgen.

- 2 Hugo-Recken-Straße (Ergänzender Sachvortrag)**

Herr Regenbrecht erstattet einen ergänzenden Bericht zur Auswertung von 28 Gestapo-Akten zu den bisher vorliegenden Erkenntnissen. Dieser Bericht sowie die ergänzte Endfassung des Berichts von Herrn Rameil zum Entnazifizierungsverfahren von Hugo Recken sind als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

**2.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 26. März 2013 bez. Bürgerbefragung Strassenumbenennungen in Meerbusch Thema Hugo-Recken Straße**  
**Vorlage: ZD/113/2013**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung Meerbusch wird beauftragt, schon im Vorfeld zur möglichen Straßenumbenennung die Anwohner der Hugo-Recken-Straße schriftlich oder in einer Bürgerversammlung zu befragen, wie sie insgesamt zur Straßenbenennung steht.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP		4	
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>17</b>	

Ratsfrau Glasmacher erläutert den Antrag ihrer Fraktion und konkretisiert ihn derart, dass die Anwohner der Hugo-Recken-Straße zur Straßenbenennung befragt werden sollen. Als Beispiel führt sie das Verfahren der Stadt Münster bei der Umbenennung von Straßennamen an. Nach der Auswertung der Befragung solle dann eine weitere Beratung im Ausschuss erfolgen.

Der Antrag wird von den Ratsherren Damblon, Eimer und Rettig für ihre Fraktionen abgelehnt. In Münster seien im Unterschied zum vorliegenden Antrag alle Bürger der Stadt und nicht nur Anwohner einzelner Straßen zu ihrer Einschätzung befragt worden.

**2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 3. April 2013 bez. Hugo Recken**  
**Vorlage: ZD/117/2013**

**Beschluss:**

1. Über das Wirken des hauptamtlichen Bürgermeisters Gustav van Beeck im Amt Lank in den Jahren 1933 bis 1945 sowie über die Ergebnisse des Entnazifizierungsverfahrens soll eine Expertise in Auftrag gegeben werden.
2. Mit der Erstellung der Expertise wird ein(e) Geschichtswissenschaftler(in) - vorzugsweise mit dem Forschungsschwerpunkt auf dem Gebiet des Nationalsozialismus im Rheinland - betraut.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Geschichtswissenschaftliche Institut an der Heinrich- Heine-Universität, Düsseldorf, um Vorschläge für geeignete Wissenschaftler/innen zu bitten.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG			1
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>	<b>8</b>	<b>1</b>

Ratsherr Schleifer erläutert zunächst den Antrag der FDP-Fraktion. Danach seien die Bürgermeister Repräsentanten der damaligen Obrigkeit gewesen. Wenn es zu einer Entscheidung hinsichtlich der Person von Hugo Recken kommen solle, seien auch die übrigen Bürgermeister der Meerbuscher Altgemeinden zu überprüfen.

Diese Ansicht wird von den Ratsherren Neuhausen, Eimer, Damblon und Peters sowie von Ratsfrau Kox zurückgewiesen, da das beantragte Vorgehen die in Frage kommenden Personen unter einen Generalverdacht stelle, ohne dass konkrete Vorwürfe derzeit im Raum stünden.

Ratsherr Eimer stellt den Antrag, lediglich die Person Gustav van Beeck in der genannten Weise durch eine außenstehende fachkundige Person zu überprüfen. Daraufhin zieht Ratsherr Schleifer den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

Es besteht Einigkeit, die Finanzierung dieser Überprüfung im Haushalt für das Jahr 2014 abzubilden.

### **3 Konverter - Aktueller Bericht und weiteres Vorgehen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vor Sitzungsbeginn die Stellungnahme der Stadt mit den dort beschriebenen Einwendungen zum Netzentwicklungsplan Strom verteilt.

Herr Bechert erläutert zunächst anhand eines Folienvortrages, der der Niederschrift als Anlage beigelegt ist, den derzeitigen Zeitplan nach dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG). Danach ergeben sich für die Netzentwicklungspläne 2012, 2013 und 2014 teilweise parallele Verfahren. Bisher sei darin eine Fixierung auf das Umspannwerk in Osterath als Netzverknüpfungspunkt vorgesehen. Insofern sei es bereits jetzt erforderlich, Bedenken vorzubringen, auch wenn das Gesetz noch nicht verabschiedet sei. Unter Hinweis auf das bisher noch nicht beschlossene Gesetz seien vom Netzbetreiber Amprion bisher viele bestehende Fragen nicht beantwortet worden.

Ratsherr Rettig kritisiert das bisherige Verhalten von Amprion bei der Prüfung alternativer Standorte zur Errichtung des Konverters.

Ratsherr Damblon teilt diese Kritik. Es sei erforderlich, mehr Transparenz in die Angelegenheit zu bringen. Möglicherweise seien juristische Schritte der Stadt gegen das bisherige Vorgehen und das zu erwartende Gesetz zu prüfen.

Bürgermeister Spindler begrüßt Herrn Dr. Antweiler und bittet um Darstellung einer rechtlichen Einschätzung.

Herr Dr. Antweiler stellt in seinem folgenden Vortrag die bisherigen Unterschiede zwischen der Planungen zur Umsetzung der Energiewende und er sonst üblichen Planung wie z.B. bei verkehrlichen

Vorhaben dar. Er kritisiert dabei deutlich, dass der Gesetzgeber bisher die Planung der Bundesnetzagentur übernommen habe, ohne eine eigene Prüfung, insbesondere keine eigene Umweltprüfung vorgenommen zu haben. Eine solche Prüfung habe die Bundesnetzagentur jedoch wegen angeblicher Unzumutbarkeit abgelehnt. Eine Klage der Stadt beim Verwaltungsgericht habe keine Erfolgsaussichten, weil dieser Rechtsmittelweg zur Beschleunigung der Planungsverfahren ausgeschlossen sei. Er sehe jedoch Erfolgsaussichten für eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht, da das zu erwartende Gesetz auf der Grundlage einer evident sachwidrigen Überprüfung verabschiedet worden sei. Die kommunale Planungshoheit sei durch die Planungszuständigkeit der Bundesnetzagentur und des Netzbetreibers Amprion eingeschränkt. Zudem seien die technischen Schwierigkeiten bei der geplanten HGÜ-Leitungstechnik bisher nicht ausreichend überprüft. Zur begleitenden Darstellung der städtischen Gegenwehr gegenüber dem Bundesverfassungsgericht seien weitere Aktionen gegen den geplanten Konverter sicher positiv.

Es sei u.U. nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht bei Einreichung der Beschwerde auch auf die vorherige Ausschöpfung des Verwaltungsrechtsweges Wert lege. Insofern sei eine ergänzende Klage beim Verwaltungsgericht bzw. beim Bundesverwaltungsgericht zu prüfen. Es sei auch möglich, zusätzlich bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde einzureichen, da die eine Überprüfung von Alternativen Standorten bisher unterblieben sei. Es sei jedoch fraglich, ob eine solche Beschwerde Aussicht auf Erfolg habe, da sich die Kommission nicht zwingend damit beschäftigen müsse und die Dauer eines solchen Verfahrens eher als sehr lang anzusetzen sei. Anschließend beantwortet Herr Dr. Antweiler einzelne Fragen aus dem Ausschuss.

Unter dem Gesichtspunkt, dass eine mögliche Verfassungsbeschwerde sowohl juristische als auch politische Wirkung habe und nur die eigenen Anwaltskosten zu tragen seien stimmt Ratsherr Damblon einem solchen Weg zu.

Bürgermeister Spindler führt aus, dass die Verabschiedung des Gesetzes und der konkrete Gesetzesinhalt zunächst abzuwarten sei. Zwar sei der Rat für die Entscheidung hinsichtlich der Zustimmung zur Beschreitung des dargestellten Rechtsweges zuständig, doch sei die Auffassung des Ausschusses in der Angelegenheit aufgrund des kurzen Zeitablaufs bei der Beratung und Verabschiedung des Gesetzes sehr wichtig, um dann seitens der Stadt kurzfristig mit juristischen Schritten reagieren zu können.

Der Ausschuss spricht sich einstimmig für die Einlegung der Verfassungsbeschwerde für den Fall der Verabschiedung des Gesetzes aus.

Anschließend berichten die als Besucher anwesenden Vertreter der Bürgerinitiative, Frau Köser-Voitz und Herr Weigmann von ihren Gesprächen mit unterschiedlichen Gesprächspartnern in Berlin. Sie haben den Eindruck gewonnen, dass die Meerbuscher Bedenken dort ernst genommen werden.

#### **4 Personalentwicklungskonzept (Vortrag der Verwaltung)**

Herr Wirtz erläutert anhand eines Folienvortrages die Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes. Er stellt hierbei die 13 Bausteine der Personalentwicklung und die 4 Bausteine der Organisationsentwicklung inhaltlich vor. Eine weitere Konkretisierung der erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der einzelnen Bausteine sei in der Sitzung am 12.09.2013 vorgesehen. Im Anschluss an seinen Vortrag beantwortet er gemeinsam mit Bürgermeister Spindler einzelne Fragen aus dem Ausschuss.

Bürgermeister Spindler weist bereits jetzt darauf hin, dass die Umsetzung der Bausteine sowohl personelle wie auch organisatorische Folgen haben werde, die soweit möglich in der Sitzung am 12.09.2013 benannt werden sollen.

**5            1. Bericht zur Finanzsituation 2013**  
**Vorlage: SFI/174/2013**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Herr Fiebig erläutert anhand des vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilten Berichts die aktuelle finanzielle Situation. Des Weiteren berichtet er, dass nach Klärung und Bereinigung der bestandenen Unklarheiten nunmehr der Jahresabschluss 2011 in der nächsten Ratssitzung vorgelegt werden könne. Der Gesamtabschluss 2010 könne bedauerlicherweise erst Anfang 2014 vorgelegt werden. Die Vorlage des Jahresabschlusses 2012 verzögere sich leider ebenfalls entsprechend. Diese Situation sei zwar insgesamt bedauerlich, jedoch nicht zu ändern. Nach der Auswertung von Umfrageergebnissen befinden sich sehr viele Kommunen in NRW in vergleichbarer Situation, so dass die Lage hier nicht als ungewöhnlich einzustufen sei. Die terminlichen Vorgaben des Landes seien nicht einzuhalten. 79 % der Ende 2012 befragten Kommunen hätten z.B. noch keinen Gesamtabschluss.

Die Ratsherren Müller und Schleifer kritisieren die zeitliche Verzögerung bei der Vorlage der Jahresabschlüsse und des Gesamtabschlusses, da sich die Stadt Meerbusch und die übrigen betroffenen Kommunen mit ihrem Verhalten gesetzeswidrig verhielten. Ein vergleichbares Verhalten werde seitens der zuständigen Behörden bei Privatunternehmen nicht geduldet und mit Bußen belegt.

Bürgermeister Spindler weist diese Kritik zurück. Eine frühere Vorlage der Abschlüsse sei nur mit kostenträchtiger Beschäftigung von zusätzlichem Personal oder einer externen Vergabe der Arbeiten zu leisten. Beides sei jedoch aus finanziellen Gründen nicht gewünscht.

**6            Bericht der Wirtschaftsförderung**

Frau Reiß erläutert den vor Sitzungsbeginn verteilten Bericht der Wirtschaftsförderung, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**7            Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**  
**Vorlage: FB1/531/2013**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, den Erlass der im Entwurf beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**8 Anträge****8.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2013 bez. Fortsetzung des Arbeitskreises „Haushaltskonsolidierung“  
Vorlage: ZD/108/2013****Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt:

1. Der Arbeitskreis „Haushaltskonsolidierung“ setzt seine Arbeit fort.
2. Aufgabe des Arbeitskreises ist es, einen Sanierungsplan zu erstellen, mit dem der Haushaltsausgleich gemäß § 75 Absatz 2, Satz 1 GO NRW für die Stadt Meerbusch innerhalb angemessener Zeit, spätestens ab dem Jahr 2020, erreicht wird.
3. Für die Erarbeitung des Sanierungsplanes wird/werden dem Arbeitskreis bei Bedarf ein oder mehrere außenstehende Fachberater zur Seite gestellt. Der Arbeitskreis erarbeitet hierzu ein Konzept.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsherr Rettig erläutert den Antrag seiner Fraktion. Hinsichtlich des Punktes 3 zur Heranziehung externer Berater stellt er eine getrennte Abstimmung anheim, um die Zustimmung zu den beiden übrigen Punkten nicht zu gefährden.

Im Ausschuss besteht grundsätzliche Zustimmung zur Fortführung der Arbeit des Arbeitskreises. Die Heranziehung externer Berater solle jedoch nur bei Bedarf und nach Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes erfolgen. Zudem sei es nicht zwingend erforderlich, jährlich gleichmäßige Sparraten erreichen zu wollen.

**8.2 Antrag der Fraktionen CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2013 auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Privatisierung der Wasserversorgung  
Vorlage: ZD/111/2013****Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, die Fraktionen des Rates der Stadt Meerbusch, sprechen sich gegen jede politische Initiative auf europäischer Ebene zur Privatisierung der Trinkwasserversorgung aus.

Wir fordern sowohl die Bundesregierung, die Europaabgeordneten wie auch die Europäische Kommission auf,

1. sich für einen Gesetzesvorschlag einzusetzen, der eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert,
2. die Wasserwirtschaft von der Liberalisierungsagenda auszuschließen und aus der EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen,
3. die kommunale Wasserversorgung zu stärken, Optionen zur Rekommunalisierung und zur Bildung von interkommunalen Wasserversorgungsverbänden zu gewährleisten.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, die Fraktionen des Rates der Stadt Meerbusch, sprechen sich darüber hinaus grundsätzlich gegen eine Veräußerung der Wasserversorgung in Meerbusch an private Dritte aus.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, die Fraktionen des Rates der Stadt Meerbusch, unterstützen ausdrücklich sowohl die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« ([http://www.bund.net/aktiv\\_werden/aktionen/wasser\\_ist\\_menschenrecht/](http://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/wasser_ist_menschenrecht/)) als auch die Position des Deutschen Städtetags (<http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/064644/index.html>), der sich eindeutig für den Verbleib der Wasserversorgung in öffentlicher Hand ausgesprochen hat.

### **Wasser ist ein Menschenrecht.**

Die Wasserversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge darf nicht zum Spekulationsobjekt global agierender Konzerne werden. Die EU-Kommission will die Privatisierung der Wasserversorgung jetzt erleichtern. Die kommunale Wasserwirtschaft muss jedoch unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können.

Die Planungen der EU gehen auch nach Meinung des Deutschen Städtetags grundlegend in eine falsche Richtung, denn die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland sichert eine hohe Qualität des Trinkwassers zu bezahlbaren Preisen und investiert nachhaltig in die Infrastruktur. Dies konstatiert der Deutsche Städtetag in der Sitzung des Hauptausschusses am 06. Februar 2013 und erhebt die Forderung an die Bundesregierung und die EU Kommission, sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung auszusprechen.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Konzessions-Richtlinie schlägt einen ausschließlich marktwirtschaftlichen Kurs bei der Wasserversorgung ein, mit einer Pflicht zur europaweiten Ausschreibung. Von den neuen Regeln aus Brüssel sollen nur diejenigen Kommunen ausgenommen werden, die ihre Wasserversorgung noch zu mehr als 80 % in öffentlicher Hand haben. In der Vergangenheit hatte aber gerade die EU-Kommission die Städte und Kommunen aufgefordert, Private an der Wasserversorgung zu beteiligen. Das haben viele Städte in Deutschland aus finanzieller Not getan.

**Mit der Liberalisierung der Wasserversorgung ergeben sich für die Kommunen, vor allem aber für die Bevölkerung erhebliche finanzielle Risiken. Gleichermaßen ist die Qualität der Wasserversorgung nicht mehr gesichert.**

Die Erfahrungen z.B. in England zeigen, dass in diesem Falle die Preise steigen und die Wasserqualität leidet, weil private Wasserversorger in erster Linie Gewinne machen müssen.

Deshalb wenden wir uns gegen jeden Versuch einer Privatisierung der Trinkwasserversorgung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**8.3 Antrag der UWG-Fraktion vom 26. März 2013 bez. Finanzierung Erweiterung Ganztagsbetreuung Mauritiusschule und Brüder Grimm Schule in Büberich  
Vorlage: ZD/112/2013****Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Meerbusch verfügt über verschiedene Immobilien/ Wohnungen, die nicht unmittelbar Verwaltungsaufgaben dienen.

Der Verkauf einiger dieser städtischen Immobilien soll noch in 2013 in der Art und Weise beschleunigt werden, um mit dem erzielten Erlös die Finanzierung der Erweiterung der Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten der Mauritiusschule sowie der Brüder Grimm Schule in Büberich zu ermöglichen.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		7	
FDP		4	
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Bürgermeister		1	
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>17</b>	

Ratsfrau Glasmacher erläutert den Antrag ihrer Fraktion und weist darauf hin, dass andere Kommunen durchaus Immobilien veräußern, um Bauvorhaben im Schul- bzw. Kindertagesstättenbereich zu finanzieren.

Auf entsprechende Anfrage seitens Ratsherrn Jüngerkes berichtet Bürgermeister Spindler, dass die Verwaltung zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 15.03.2012 eine Aufstellung vorgelegt habe, aus der die Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu den städtischen Gebäuden ersichtlich seien. Es bestand seinerzeit Einvernehmen, einen Verkauf der möglichen Immobilien derzeit nicht vorzunehmen.

Die Ratsherren Peters, Schmidt-Menschner und Eimer lehnen den Antrag der UWG-Fraktion für ihre Fraktionen ab.

**8.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 3. April 2013 bez. Bürgerbeteiligung "Liquid Feedback"  
Vorlage: ZD/115/2013**

Bürgermeister Spindler berichtet, für die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 16.05.2013 sei ein Vertreter der Landesstelle „Dialog schafft Zukunft“ eingeladen, der über mögliche Formen einer Bürgerbeteiligung berichten werde. Insofern schlägt er vor, die Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag bis zu dieser Sitzung zu vertagen.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

## **9       Anfragen**

### **9.1     Anfrage der FDP-Fraktion vom 8. April 2013 bez. Privatisierung der Wasserversorgung durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie Vorlage: ZD/076/2013**

Bürgermeister Spindler berichtet, die genannte EU-Richtlinie sei noch nicht in Kraft. Der zuständige EU-Kommissar Barnier erarbeite seines Wissens derzeit Regelungen zur Öffnung und zu Ausnahmen. Die Auswirkungen einer rechtskräftigen Richtlinie seien noch abzuwarten. Auf entsprechende Nachfrage führt er weiter aus, dass die Wasserversorgung für das Meerbuscher Stadtgebiet derzeit von der WBM und der WNO sichergestellt werde. Hierbei seien Wasserlieferanten die WBM, die Kreiswasserwerke Grevenbroich und die Kreiswasserwerke Viersen.

## **10     Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **11     Termin der nächsten Sitzung: 16. Mai 2013**

Die nächste Sitzung findet am 16. Mai 2013 statt.

Bürgermeister Spindler weist darauf hin, dass auch diese Sitzung bereits um **16.00 Uhr** beginnen solle, da zunächst eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Schule und Sport vorgesehen sei.

## **12     Verschiedenes**

### **12.1   Leerstand der Wohnung am Feuerwehrgerätehaus in Meerbusch-Lank-Latum**

Ratsherr Jürgens bemängelt, dass die Wohnung am Feuerwehrgerätehaus in Meerbusch-Lank-Latum schon lange leerstehe und bittet um Prüfung einer weiteren Verwendung.

Bürgermeister Spindler sagt diese Prüfung zu.

Meerbusch, den 26. April 2013

---

Dieter Spindler  
Bürgermeister

---

Wolfram Olbertz  
Schriftführer/in